



**Dr. Andreas Schockenhoff**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretender Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Karl-Georg Wellmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der Deutsch-Ukrainischen  
Parlamentariergruppe

## **Für eine Neubestimmung der Beziehungen zu Russland**

### Positionspapier

Berlin, 01.07.2014

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und die russischen militärischen Drohungen und Aktivitäten gegen die Ukraine und unsere östlichen Partner haben zur schwersten Krise in Europa seit Ende des Kalten Krieges geführt. Europa ist unsicherer geworden. Unsere Partner in Mittel- und Osteuropa, besonders auch Polen und die baltischen Staaten, fühlen sich in ihrer Sicherheit bedroht. Dies ist ein erheblicher Rückschlag für die über vierzig Jahre aufgebaute europäische Friedensordnung.

Russland und Europa befinden sich in einer tiefgreifenden Vertrauenskrise. Diese ist gekennzeichnet

- durch unterschiedliche Wertvorstellungen. Diese zeigen sich mit Blick auf das Recht eines Staates auf Freiheit und Selbstbestimmung und die Einhaltung der internationalen Rechtsordnung. Es gibt Unterschiede beim grundlegenden Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, obwohl Russland sich zur Einhaltung der Werte der Charta des Europarates verpflichtet hat. Die politische Führung Russlands proklamiert einen anderen Wertekanon, der sich ausdrücklich von dem des Westens abgrenzen will, dem er sich überlegen fühlt.
- durch unterschiedliche Interessen. Russland stellt durch sein derzeitiges Verhalten die Regelwerke der europäischen Sicherheitsordnung und der europäischen Integration in Frage, die wir erhalten und stärken wollen. Wir haben ein Interesse an einer stabilen und prosperierenden Nachbarschaft. Das russische Vorgehen insbesondere gegen die Ukraine hat gezeigt, dass Moskau seine Nachbarn

entweder mit Druck in seinen Machtbereich wieder einzugliedern oder – wenn dies nicht möglich ist – sie zu destabilisieren versucht.

- durch unterschiedliche Mittel, wie die weitere Entwicklung Europas gestaltet werden soll: Russland verharret in altem Nullsummen-Denken in Einflussphären aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Wir dagegen wollen Europa mit einer Politik des 21. Jahrhunderts, d.h. den Mitteln des Rechts, der Softpower, einer kooperativen Politik des Interessenausgleichs und der Integration gestalten. Dieser Weg ist zwar gelegentlich schwierig, hat sich aber politisch und ökonomisch als höchst erfolgreich erwiesen.

Die russische Politik erfordert eine Neubestimmung der EU- und NATO-Politik.

Unser strategisches Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit einem starken, politisch und wirtschaftlich modernen, rechtsstaatlich und demokratisch handelnden Russland besteht unverändert. Denn eine stabile und prosperierende Entwicklung Europas wird am besten mit Russland zu erreichen sein. Das sollte wegen seines Modernisierungsdefizits, seines Interesses an stabilen Handelsbeziehungen, insbesondere im Bereich der Energierohstoffe, und der globalen Herausforderungen auch im Interesse Russlands liegen.

Die für eine solche gemeinsame europäische Politik notwendige Vertrauensgrundlage besteht nach der Krise um die Ukraine nicht mehr. Derzeit ist ein russisches Interesse an einer echten Zusammenarbeit in Europa nicht erkennbar. Sollte sich Russland anders entscheiden wollen, müsste durch konkrete Maßnahmen eine neue Vertrauensgrundlage geschaffen werden.

Dieser Weg kann nur über die Ukraine führen. Unverzichtbar ist, dass Russland umgehend seine Unterstützung für die Separatisten in der Ostukraine beendet und die Bedingungen für die Umsetzung des Friedensplans von Präsident Poroschenko schafft. Insbesondere ist erforderlich, die Lieferung von Waffen und Kämpfern über die Grenze zu stoppen, die Separatisten in der Ukraine zu veranlassen, ihre Waffen abzugeben und die Besetzungen zu beenden. Die russischen Kämpfer müssen aus der Ukraine abgezogen werden. Ferner ist die nachhaltige Anerkennung der territorialen Integrität der Ukraine und der Verzicht auf alle Bestrebungen zur Abtrennung unabdingbar, und es sind alle Aktivitäten zur Destabilisierung der Ukraine einzustellen.

Wir werden die russische Annexion der Krim nicht anerkennen. Wir sind der Auffassung, dass die deswegen ergriffenen personenbezogenen Sanktionen erst wieder aufgehoben werden sollten, wenn die Krim wieder an die Ukraine zurückgegeben wurde oder eine Versachlichung des Status' der Krim im Rahmen einer Verständigung zwischen Russland und der Ukraine stattfindet. Sollte Russland die Destabilisierung der Ukraine fortsetzen, sind wir zu weiteren Maßnahmen einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland bereit und entschlossen.

Ein Klima des Vertrauens entsteht nur, wenn Russland ein neues gleichberechtigtes Verhältnis zu seinen Nachbarn entwickelt. Hegemoniale Konzepte „eingeschränkter Souveränität“ und revisionistische Tendenzen sind damit unvereinbar. Die Prinzipien von Souveränität, territorialer Integrität und Gleichberechtigung sind unverzichtbar.

Wir haben ein überragendes strategisches Interesse an einer demokratischen, rechtsstaatlich gefestigten und wirtschaftlich prosperierenden östlichen Nachbarschaft. Die Sicherheit und Stabilität in Europa wird nur gestärkt, wenn die Region nicht als instabiles „Zwischeneuropa“ zwischen der EU und Russland hin- und her gerissen und politischen und wirtschaftlichen Hegemonie-Bestrebungen Moskaus ausgesetzt ist. Die zwischen der EU und der Ukraine, Moldau und Georgien vereinbarten Assoziierungsabkommen sind ein wesentlicher Beitrag dafür. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu einer Erfolgsgeschichte machen. Denn es geht nicht nur um die Stabilisierung und Stärkung dieser östlichen Nachbarn – es geht um Frieden, Sicherheit und die Stärke des Rechts in ganz Europa. Wir begrüßen deshalb die neu entstandene EU-Annäherungsdynamik, insbesondere in der Ukraine. Diese proeuropäische Bewegung werden Deutschland und die EU mit aller Kraft fördern und unterstützen.

Ein Prüfstein für die Neugestaltung der Beziehungen Russlands zu seinen Nachbarn ist die Umsetzung der Vereinbarungen von Meseberg. Das bedeutet die Beilegung des Transnistrien-Konflikts und damit die Sicherung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau im Rahmen eines funktionsfähigen Staatswesens auf der Grundlage demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien.

Die Assoziierungsabkommen und die Politik der östlichen Partnerschaft sind nicht gegen Russland gerichtet, und sie schließen die Möglichkeit einer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland auch weiterhin ein, sollte Moskau dazu bereit sein. Die EU-

Russland-Gespräche über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine haben bisher keine Belege dafür erbracht, dass dieses Abkommen der russischen Wirtschaft schaden würde. Das Angebot des Freihandels auch mit Russland besteht fort.

Für die Neubestimmung der Politik gegenüber Russland ist Geschlossenheit der EU und der NATO-Partner die wichtigste Grundlage. Wir müssen davon ausgehen, dass Russland wie schon in der Vergangenheit versuchen wird, die westliche Staatengemeinschaft zu spalten. Wir begrüßen sehr, dass EU und NATO trotz unterschiedlicher Interessen gegenüber Russland bisher große Geschlossenheit gezeigt haben. Deutschland ist besonders gefordert, bei der Konsensfindung in EU und NATO vermittelnd zu wirken, um zu einer gemeinsamen Position gegenüber Russland zu kommen. Wir fordern die Bundesregierung auf, alles zu tun, damit die Geschlossenheit auch weiterhin erhalten bleibt.

Die EU muss sich unabhängiger von Russland machen – insbesondere in ihren Energiebeziehungen. Wir müssen unsere Anstrengungen fortsetzen, mehr Versorgungssicherheit und Transparenz herzustellen und die zum Teil sehr hohe Abhängigkeit vom russischem Gas und Öl zu verringern. Dafür müssen auch die Energie-Infrastrukturprojekte beschleunigt umgesetzt und Lieferwege diversifiziert werden. Der Erwerb von Energie-Infrastruktur im EU Bereich durch russische Staatsfirmen ist zu unterbinden, sofern diese Infrastruktur strategische Bedeutung erlangen kann. Dies muss auch gelten, wenn sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland wieder nachhaltig verbessern sollten.

Russland braucht die Europäische Union mehr, als dies umgekehrt der Fall ist. Es kann auch in Zukunft Spielräume für eine umfassende Kooperation geben, falls die von der russischen Regierung zu schaffenden Voraussetzungen dafür vorliegen und Russland zu einer Politik des Interessenausgleichs bereit ist. Dabei können vorhandene Konzepte und Projekte zugrunde gelegt werden, diese müssen angesichts der tiefgreifenden Vertrauenskrise aber für normale Beziehungen zu Russland nach folgenden Leitlinien angepasst werden.

- Die tiefgreifende Vertrauenskrise erfordert ein neues Abkommen zwischen der EU und Russland, das die Gesamtheit der Beziehungen umfassen und eine sichere Rechtsgrundlage für eine gleichgewichtige Zusammenarbeit schaffen muss. Wir sind der Überzeugung, dass ein neues umfassendes Abkommen für beide Seiten

gleichermaßen von Vorteil ist und die Möglichkeiten für eine Neugestaltung der Beziehungen schaffen wird.

- Wiederaufnahme von Visa-Liberalisierungs-Gesprächen. Visa-Erleichterungen müssen vor allem den jungen Menschen, Wissenschaftlern, den Vertretern der Zivilgesellschaft, Mittelständlern bzw. Unternehmern etc. zugute kommen. Die Bevorzugung von Dienstreisenden ist überholt. Es ist nicht akzeptabel, dass die sowieso schon Privilegierten des Systems auch noch Visa-Privilegien erhalten.
- Das Angebot einer echten Modernisierungspartnerschaft halten wir aufrecht. Dies bedarf mehr Rechtssicherheit durch Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft in Russland. Solange die russische Regierung unter Modernisierungspartnerschaft weiterhin nur den Transfer von westlichem Know-how und Investitionen versteht, nicht aber auch die Modernisierung der Gesellschaft durch mehr Rechtsstaatlichkeit, weniger Korruption und mehr Partizipation, fehlt der Modernisierungspartnerschaft die Grundlage.
- Beteiligung des Westens an russisch-ukrainischen Gemeinschaftsunternehmen zum Transfer von Know-How und Kapital.
- Gemeinsame Sanierung der ukrainischen Transitpipelines; Etablierung einer langfristig ausgelegten Energiezusammenarbeit – unter der zuvor genannten Bedingung, dass sich die EU in ihren Energiebeziehungen unabhängiger von Russland macht.
- Gespräche über eine gemeinsame Freihandelszone von Wladiwostok bis Lissabon. Über eine größere Kongruenz in wirtschaftlichen und Handels-Fragen hinaus ist dafür allerdings eine neue Vertrauensbasis erforderlich – auch in Fragen der gegenseitigen Sicherheit – und deutlich mehr Übereinstimmung in politischen Zielvorstellungen, Wertefragen und in Beachtung der Grundprinzipien, auf die sich auch Russland mit seiner Mitgliedschaft in UNO, OSZE und Europarat verpflichtet hat.

Russlands Verhalten hat Konsequenzen für unsere NATO-Russland-Politik.

Russland hat die NATO-Russland-Grundakte in vielen Punkten verletzt. Aber das ist kein Grund für die NATO, dieses Abkommen aufzukündigen. Deshalb war es richtig, die konkrete militärische Zusammenarbeit einzustellen, aber den NATO-Russland-Rat als Gesprächsforum zu erhalten, um den Weg zu einer kooperativen Zusammenarbeit offen zu halten.

Genauso notwendig ist aber auch, dass die NATO dem Bedrohungsgefühl unserer baltischen und polnischen Partner Rechnung trägt. Ob dort die bisherigen temporären Stationierungen verstetigt werden müssen, wird bis zum NATO-Gipfel im September zu prüfen sein – die Antwort hängt davon ab, ob Russland sein aggressives Verhalten gegenüber seinen Nachbarn, insbesondere gegenüber der Ukraine, fortsetzt.

Die Entscheidung von Bukarest, dass die Tür für neue Mitglieder offen steht, gilt auch weiterhin. Für die Zwischenzeit sollte mit Ländern wie Georgien und der Ukraine ein konkretes Maßnahmenpaket entwickelt werden, mit dem sie durch praktische Zusammenarbeit mit der NATO an die Allianz herangeführt werden – unterhalb der Schwelle einer Vollmitgliedschaft bzw. eines Membership-Action-Plans.

Ein Neuanfang in den NATO-Russland-Beziehungen bedarf eines vertrauensbildenden Dialogs, um die Sorgen und Ängste von NATO-Staaten und östlichen Partnern vor Russland durch konkrete und nachprüfbare Schritte nachhaltig auszuräumen.

Russland muss überzeugend zeigen, wie es die Regelwerke der europäischen Sicherheitsordnung, die es durch sein Verhalten in Frage gestellt hat, wieder stärken will.